
Zur Lage der Familien in Österreich

Rezension von: Bundesministerium für Unterricht, Jugend und Familie, 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – zwischen Anspruch und Alltag; Band 1: Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, Wien 1999, 800 Seiten.

In Zeiten politischer Richtungskämpfe lesen sich Berichte manchmal spannender als Krimis. Durch die Neuordnung der Ministerien, der damit verbundenen "Einsparung" des Frauenministeriums und der Zusammenführung verschiedenster Agenden in ein "Generationenministerium" von seiten der FPÖ/ÖVP-Regierung wurden von Frauensprecherinnen verschiedener Parteien und Organisationen Befürchtungen geäußert, diese Subsumentierung bedeute die Rückholung traditioneller Familienbilder und -werte. Denn Frauenpolitik verschwinde damit als eigenes Politikfeld und werde als Teil der Sozialpolitik bzw. Familienpolitik betrieben.

Aufgrund dieser Umbrüche ist der Familienbericht dreifach interessant:

Erstens gibt er umfangreich Zeugnis von den gesellschaftlichen Einstellungen und der soziologischen und ökonomischen Situation österreichischer Familien. Damit trägt er zu Klärung bei, inwiefern traditionelle Familienbilder und neue Lebensformen in der Gesellschaft verankert sind und welche soziologischen und demographischen Veränderungen die Gesellschaft in Österreich in den letzten zehn Jahren geprägt haben.

Zweitens wurde er unter der Ägide von Familienminister Bartenstein Ende 1999 veröffentlicht und dokumentiert die Familienpolitik der SPÖ/ÖVP-Regierungen

der letzten zehn Jahre. Hier zeigt sich, daß die verfolgte Familienpolitik immer eine Kompromißpolitik war, da die Weltanschauungen der beiden Parteien nicht immer kompatibel waren bzw. sind. Die Kontroversen haben sich aber in den letzten Jahren zugespitzt und fanden einen Höhepunkt in der Debatte um das "Karenzgeld für alle, (die es brauchen)".

Drittens bietet er Möglichkeiten einer Reflexion dieser Politik.

Lebens- und Beziehungsformen

Einen zentralen Punkt des Bandes bildet eine äußerst engagierte demographische und soziologische Beschreibung heutiger Lebens- und Beziehungsformen. So kommt es aufgrund demographischer Veränderungen zu einer breiten Etablierung von Großeltern-Enkel-Beziehungen, die im allgemeinen einen sehr partnerschaftlichen Charakter angenommen haben und von beiden Seiten überwiegend als Bereicherung wahrgenommen werden. Dabei hat sich eine Vielzahl von Gestaltungsformen entwickelt, die jedoch in Österreich und Deutschland bisher nur selten Gegenstand wissenschaftlicher Studien waren. Neben den Änderungen der Generationenbeziehungen konzentrieren sich die Fragestellungen der Familienforschung der neunziger Jahre auf den Wandel und die Vielfalt von Partnerschaften (eheliche und nicht-eheliche Partnerschaftsformen); Gründung, Auflösung und Reorganisation von Familien (Übergang zur Elternschaft, Heirat, Trennung und Scheidung, Wiederverheiratung) sowie von der "Kernfamilie" abweichende Familienformen; das Spannungsverhältnis der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auf Probleme innerhalb von Familien (insbesondere Sexualität, Gewalt) und wirtschaftliche Schwierigkeiten (Familienarmut, Arbeitslosigkeit).

Für eine weitgehende Brüchigkeit traditioneller Familienformen gibt es zwar einige Hinweise, es existieren aber auch

zahlreiche Belege, die dagegen sprechen. Das durchschnittliche Heirats- und Erstgeburtsalter ist steigend, genauso wie die Scheidungszahlen, doch lebt nach wie vor der weitaus überwiegende Teil der Kindern mit beiden Elternteilen. So lassen sich die Strukturen der Lebensformen in Österreich am ehesten mit einer "Pluralität in Grenzen" beschreiben. Es gibt weiterhin allgemein akzeptierte Normen verantworteter Elternschaft und intergenerationaler Solidarität, doch finden gleichzeitig Wandlungsprozesse statt (Gründung von Stieffamilien; multiple Elternschaften), für deren Bewältigung bislang keine gesellschaftliche Unterstützung gewährt wird.

Eine wesentliche Änderung im letzten Jahrzehnt ist auch die Entwicklung einer kindzentrierten Perspektive, abgehend davon, Kinder vom Standpunkt der Erwachsenen zu betrachten oder Kinder als zukünftige Erwachsene zu sehen. Hand in Hand damit geht eine gesellschaftsrechtliche Verankerung einer eigenständigen Wahrnehmung von Kindern, die im "UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes" festgelegt wurde.

Ergänzt wird dieser Teil des Berichts durch Fallbeispiele, in denen Lebenssituationen von Familien mit Kind(ern) mit Behinderung sowie von MigrantInnenfamilien und das Familienleben unter Arbeitslosigkeit beschrieben werden. Dies liest sich nicht minder spannend.

Staatliche Familienpolitik

Der zweite Schwerpunkt des Familienberichts liegt in der Darstellung und Bewertung der familienpolitischen Leistungen des Staates des letzten Jahrzehntes. Diese Darstellung ist untergliedert in einen ökonomischen, einen rechtlichen und einen politikwissenschaftlichen Teil. Vorausgeschickt ist ein "Tätigkeitsbericht" des Familienministeriums. Dieses Kapitel (12) ist titulierte mit "Familienpolitik – als eigener Politikbe-

reich begründet" und behandelt weiters ausgewählte Themenbereiche, darunter auch die politisch hochbrisanten Fragen der "institutionellen Kinderbetreuung", des "Karenzgeldes für alle" und des "Kinderbetreuungsschecks".

Die Etablierung der Familienpolitik als eigenständiger Politikbereich ist eine Zäsur in der staatlichen Politik. Zur kritischen Reflexion des Kapitels 12 empfiehlt sich das Lesen der politikwissenschaftlichen Einschätzung von Sieglinde Rosenberger (Kap. 15) und der familienpolitischen Reflexionen von Christoph Badelt (Kap. 13.6).

Bemerkenswert ist, daß diese Stärkung der Familienpolitik mit einer permanenten Schwächung der Frauenpolitik einherging, die jetzt in der Abschaffung des Frauenministeriums manifestiert wurde. Dies läßt sich auch aus dem Familienbericht, wenn auch eher implizit, herauslesen. Die SPÖ hat hier ein Rückzugsgefecht geführt und ihre Wertvorstellungen gegenüber einer "mittelständischen" (Rosenberger) Politik der ÖVP aufgegeben. Als Beispiel läßt sich hier das "Karenzgeld für alle" nennen, das von der SPÖ in ein "Karenzgeld für alle, die es brauchen" umgewandelt wurde. "Karenzgeld für alle, die es brauchen" bedeutet aus frauenpolitischer Sicht, eine Eingliederung einer ursprünglich frauenpolitischen Forderung in die Sozialpolitik, weil sie nach Bedürftigkeitsgrenzen fragt, währenddessen "Karenzgeld für alle" bzw. der "Kinderbetreuungsscheck" (KBS), eine Idee des vom BMUJF gegründeten Österreichischen Institutes für Familienforschung (ÖIF), eben diese Herauslösung der Familienpolitik aus der Sozialpolitik bedeutet. Der KBS wird ausschließlich durch die Familienphase begründet – jede Erwerbsbeschränkung fällt weg – und stellt einen "Leistungsausgleich" für erwartete Teilzeitbetreuung der Kinder im Rahmen der elterlichen Verantwortung dar.

Rudolf Richter sieht in dieser Entwicklung in seinen resümierenden Thesen

(Kapitel 15.9) eine im Sinne der Postmoderne verstärkte Tendenz zur Individualisierung und eine Abkehr vom Arbeitsethos, indem sie sozialstaatliches Handeln von der Erwerbstätigkeit ablöst und Verantwortlichkeiten von der staatlichen Ebene auf die individuelle, im gegebenen Fall auf die elterliche verschiebt.

Das aktuelle Regierungsprogramm wie auch Rosenberger widersprechen dieser Interpretation, vielmehr ist es hier der ÖVP gelungen, ihre Vorstellungen zu etablieren, die keineswegs als "postmodern" zu bezeichnen sind: "Die Ehe und die Familie als die engsten persönlichen Lebensgemeinschaften (...) bilden die Grundlage einer freien Gesellschaft. Wir wollen sie schützen, stärken und fördern." (S.762) und weiters heißt es: "Familien mit zwei Elternteilen und zwei und mehr Kindern ... (sind) die bei weitem überwiegende Wirklichkeit, wie Kinder in

diesem Land Familie erleben!" Angesichts der umfassenden Beschreibungen im ersten Teil und einer Geburtenrate in Österreich von derzeit 1,34 Kindern ist dies keinesfalls eine geglückte Antwort auf gesellschaftlich neue Phänomene.

Insgesamt bietet der erste Band des Familienberichts eine Vielzahl von Informationen, die es einem nicht leicht machen, den Band beiseite zu legen. Es gibt in allen Teilen des Berichts ein erfreulich umfangreiches Quellenverzeichnis, das zu Vertiefungen einlädt. Ob die österreichische Familienpolitik für alle Teile der Bevölkerung als gelungen zu bezeichnen ist, sei dahingestellt, der Familienbericht jedoch ist, in seiner Differenzierung, auch für kritische LeserInnen informativ und aufschlußreich.

Christa Schlager